

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 648 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Gernot Erler MdB zum „Entkopplungs“-Vorschlag Schewardnadses bei den 2+4-Gesprächen: Chance oder Belastung?

Seite 1

Professor Dr. Friedhelm Farthmann MdL zum Erfordernis, der Preisexplosion mit gesetzlichen Maßnahmen entgegenzutreten: Mieterschutz spürbar verbessern.

Seite 5

Dokumentation

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt hat Anwürfe des bayerischen Ministerpräsidenten Streibl zurückgewiesen: Keine Polemik auf Basis einer Fälschung.

Seite 6

45. Jahrgang / 89

10. Mai 1990

Chance oder Belastung?

Zum „Entkopplungs“-Vorschlag Schewardnadses bei den 2+4-Gesprächen

Von Gernot Erler MdB

Im öffentlichen Bewußtsein ist von der Rede des sowjetischen Außenministers am 5. Mai in Bonn bei den ersten 2+4-Verhandlungen anscheinend nur ein Satz hängengeblieben. Er lautet: „In unserer Vorstellung muß die Lösung der inneren und äußeren Aspekte der deutschen Einheit nicht zwingend zeitlich zusammenfallen, muß nicht im Rahmen ein und derselben Übergangsperiode realisiert werden.“ Dieser Satz ist als „Entkopplungsangebot“ (für den internen deutschen Einigungsprozeß einerseits und seine Einbettung in einen neuen außen- und sicherheitspolitischen europäischen Rahmen andererseits) verstanden worden.

Wer die sowjetische Position verstehen will, muß aber mehr als diesen einen Satz lesen. Die Rede Schewardnadses enthält zumindest in Umrissen eine Art deutschlandpolitisches Gesamtkonzept Moskaus. Im dritten Anlauf hat sich die Sowjetunion auf eine Position zurückgezogen, die mehr Stabilität verspricht als die ersten beiden Versuche: bekanntlich blieb für den Vorstoß eines neutralen und entmilitarisierten Deutschlands ebenso die Unterstützung aus wie für die Idee einer Doppelmitgliedschaft des vereinten Germaniens in beiden Militärbündnissen. Was Schewardnads jetzt vortrug, braucht keine Unterstützung von außen, denn die Sowjetunion selbst verfügt über einen starken Hebel, dieses Konzept nachdrücklich zu vertreten: ihr mit den anderen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geteiltes Kontrollrecht über das ganze Deutschland, materialisiert in 380.000 in der DDR stationierten Soldaten der Roten Armee.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vereinigter Umwelt-
und sozialer Redaktions-
Marketing-Partner



Für den gesamten Redetext steht die Interpretation des Begriffs „Regelung der deutschen Frage“ (nemeckoe uregulirovanie) im Vordergrund. Schewardnadse kündigt die Schnürung eines besonderen „Pakets“ an. Der interne deutsche Einigungsprozeß kann demnach laufen, die Verhandlungen der Sechs müssen aber letztlich zu einem Abschlußdokument völkerrechtlichen Ranges kommen, in dem alles Deutsche geregelt wird: die Grenzen, die Bewaffnung, die Bündnisfrage, die Übernahme eingegangener Verpflichtungen sowie die Kennzeichen einer Übergangsperiode einschließlich der Frage weiterer Truppenstationierungen der Alliierten auf deutschem Boden. Dieses Dokument soll einen Friedensvertrag ersetzen, auf dessen Einforderung zu verzichten Moskau sich als Entgegenkommen anrechnet. Die Verwandtschaft dieser abschließenden Regulierung der deutschen Frage mit einem Friedensvertrag läßt sich auch daran ablesen, daß in den Konsens darüber sogar die außer-europäischen Länder einbezogen werden sollen, die gegen Hitlerdeutschland gekämpft haben.

Solange dieses Dokument nicht in allen Details erarbeitet ist, ändert sich aus sowjetischer Sicht an den alliierten Vorrechten gar nichts: „Nichts ist vereinbart, solange nicht alle Aspekte der Regelung verabredet sind und nicht ein vollständiger Interessenausgleich (polnyj balans interesov) gefunden wurde.“ Erst dann kommt eine Ablösung der alliierten Vorrechte in Betracht. Dies sei sogar im Interesse Deutschlands, „daß die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte der letzte Schritt in der Regelung der deutschen Frage wird. Dann wird es weniger Ängste und Befürchtungen, aber mehr Vertrauen und guten Willen auf allen Seiten geben.“ Diesen Satz kann man auch rückwärts lesen. Er bedeutet dann: wenn die Beendigung der alliierten Vorrechte nicht als Schlußstein des Regulierungsprozesses der deutschen Einheit akzeptiert wird, könnte es die Sowjetunion auf dem Weg dahin an Kooperationsbereitschaft fehlen lassen - eine nur schlecht versteckte Drohung.

Schewardnadse bleibt die Auskunft über die sowjetische Sicht der Interessenbalance nicht schuldig. Eindringlich schildert er die Unvereinbarkeit einer gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft mit den Sicherheitsinteressen des sowjetischen Volkes, ablesbar an der öffentlichen Meinung. Konkreter als bisher fordert er die Einbindung des deutschen Einigungsprozesses in die Entwicklung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen. Neben „großeuropäischen“ Gipfeltreffen im Zweijahreswechsel, jährlichen Treffen der KSZE-Außenminister und ersten KSZE-Einrichtungen wie einem Koordinationsbüro und einem technischen Sekretariat nimmt in den Vorschlägen des sowjetischen Außenministers die Einrichtung eines „Gesamteuropäischen Zentrums zur Verhütung der Kriegsgefahr“ einen zentralen Platz ein. Dieses soll die militärische Situation in Mitteleuropa ständig analysieren und kontrollieren und dabei alle Stationierungstruppen einbeziehen. Interessant ist, daß dieses Zentrum nach sowjetischer Meinung seinen Sitz in Deutschland haben und aus den letzten Stümpfen der Vier-Mächte-Organen zur Kontrolle über Deutschland hervorbüßen soll, nämlich den alliierten Militärmissionen und der Luftsicherheitszentrale in Berlin. Damit wird deutlich, daß die Sowjetunion bei der Überwindung der Blöcke in Europa an der Verantwortung der Vier anknüpfen will, wohl auch um (wenn auch rudimentär) vorhandene Institutionen zu nutzen und europäische Sicherheitsstrukturen nicht erst vollständig neu erfinden zu müssen.

Die Rede Schewardnadses bleibt an etlichen Stellen ungenau, an anderen provoziert sie Rückfragen. Was heißt zum Beispiel, daß die Regelung der deutschen Frage mit „Garantien materieller Art“ (garantii material'nogo charaktera) verbunden werden müsse? Oder was soll heißen, wenn an anderer Stelle gefordert wird, Deutschland dürfe die Rechtmäßigkeit (zakonnost') von Maßnahmen und Beschlüssen der Vier Mächte in den Besatzungszonen weder revidieren noch in Frage stellen?

Diese Ungenauigkeiten verstellen aber nicht den Blick auf die Grundzüge eines sowjetischen Gesamtkonzepts zur Deutschlandfrage, die in dieser Rede zum Ausdruck kommen und wie folgt zusammengefaßt werden können:

- Die Sowjetunion betrachtet die innerdeutschen Prozesse zur Einheit als Angelegenheit allein der Deutschen, sieht aber die Außenwirkungen des Einigungsprozesses als europäisches Problem, dem sie höchste Priorität für ihre eigene Sicherheit zumißt.
- Die Sowjetunion stellt daher den deutschen Einigungsprozeß, was seine Auswirkungen betrifft, unter einen „Ergebnisvorbehalt“: nur wenn die abschließende Regelung der Deutschlandfrage festgehalten in einer Übereinkunft von völkerrechtlichem Rang, nach sorgfältiger Prüfung sowjetischen Sicherheitsbedürfnissen nicht widerspricht, wird Moskau seine alliierten Vorrechte einschließlich des Besatzungsrechts in der DDR zur Disposition stellen.
- Nicht in der Fortexistenz der Militärblöcke, sondern in der Entwicklung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen sieht die Sowjetunion ihre Sicherheitsinteressen aufgehoben. Eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft lehnt sie ab, nicht zuletzt weil sie davon eine „rechtliche Verewigung“ der westlichen Militärallianz befürchtet. Sollte dies Gegenstand der „endgültigen Regulierung“ sein, wird die Sowjetunion ihre alliierten Vorbehalte nicht aufgeben und die Stationierung von sowjetischen Streitkräften in der DDR aufrechterhalten.
- Kernstück einer noch zu entwickelnden europäischen Sicherheitsordnung ist ein Gesamteuropäisches Kriegsverhütungszentrum, das die alliierte Viererverantwortung auf die europäische

Dimension ausweitet und alle militärischen Kräfte in Deutschland und Mitteleuropa unter Kontrolle halten soll.

Das „Entkopplungs“-Angebot verknüpft in Wirklichkeit mehr, als es entflechtet. Die vollständige Aufgabe der alliierten Vorrechte ist damit an eine Berücksichtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen gekettet. Schewardnadse hat den letzten Joker Moskaus gezogen - er wird ihn erst auf den Tisch der Sechs legen, wenn die übrigen dort ausgespielten Karten für Moskau günstig genug sind.

In Bonn hat dieser Spielzug Verwirrung und sich widersprechende Reaktionen der Regierung produziert. Egal, ob man die „Entkoppelung“ als Chance oder Belastung für eine nun in eigener Zeitautonomie zu verwirklichende Einheit ansieht: Es wird sehr schwer sein, die Sowjetunion von dieser aus der Isolierung heraus geborenen Position wieder herunterzubringen und für eine Synchronisierung von Deutscher Einheit und ihrer bündnis- wie sicherheitspolitischen Absicherung zu gewinnen. Denkbar erscheinen, wenn man dies will, lediglich zwei Wege: Entweder gibt der Westen seine Entschlossenheit auf, das ganze Deutschland in die NATO einzubinden und läßt sich auf den raschen Aufbau europäischer Sicherheitsstrukturen als Ablösung der Blöcke ein. Oder er formuliert ein derart attraktives wirtschaftliches Hilfsprogramm an die Adresse Gorbatschows, daß dieser vor seiner eigenen Öffentlichkeit auf dieser Basis eine stärkere Annäherung an die westlichen Vorstellungen von einer sicherheits- und bündnispolitischen Flankierung des deutschen Einigungsprozesses riskieren kann.

Im sicheren Gefühl, über ein wirksames Faustpfand zu verfügen, kann jetzt Moskau abwarten, ob und auf welche Weise der Westen zu einer gemeinsamen Wertung des „Entkopplungs“-Angebot gelangen wird.

(-/10.5.1990/rs/ks)

* * *

Mieterschutz spürbar verbessern

Zum Erfordernis, der Preisexplosion mit gesetzlichen Maßnahmen entgegenzutreten

Von Professor Dr. Friedhelm Farthmann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Eine spürbare Verbesserung des Mieterschutzes ist erforderlich. Die Bundesregierung jedoch sieht untätig zu, wie die Mietpreise explodieren.

Derzeit werden bei der Wiedervermietung von Wohnungen extrem hohe Mietpreisaufschläge bis zu 40 Prozent erhoben. Diese für viele Mieter katastrophale Entwicklung ist nicht nur auf Großstädte beschränkt, sondern in allen Regionen festzustellen. Trotzdem nimmt die Bundesregierung ihre sozialpolitische Verantwortung nicht wahr und tut nichts für eine Begrenzung der Mietpreise.

Es reicht nicht aus, über Steuererleichterungen den Bau neuer Mietwohnungen anzureizen. Vielmehr müssen auch die Mieter in bestehenden Mietverhältnissen geschützt werden.

Dazu drei Mindestforderungen:

1. Die Wiedervermietungsrente einer freigewordenen Wohnung darf die Vergleichsrente nur um höchstens fünf Prozent überschreiten.
2. Die Berechnungsgrundlage für die Vergleichsrente muß von jetzt drei Jahre auf zehn Jahre ausgedehnt werden, damit die derzeitige Welle der Mieterhöhungen sich nicht zu stark auf die Vergleichsrente auswirkt.
3. Der Mieterhöhungsspielraum bei bestehenden Mietverhältnissen muß herabgesetzt werden von derzeit 30 Prozent auf höchstens 15 Prozent innerhalb von drei Jahren.

(-/10.5.1980/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

=====

Keine Polemik auf Basis einer Fälschung

Ein Brief von Willy Brandt an Max Streibl

Zu einem, von dem Bayerischen Ministerpräsidenten, Max Streibl, signierten Artikel im „Bayern-Kurier“ vom 5. Mai und die dort zitierten und dem SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt zugeschriebenen Äußerungen aus einem angeblichen Protokoll eines Gespräches zwischen Präsident Gorbatschow und dem damaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz hat Willy Brandt Streibl geschrieben

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Ich nehme Bezug auf Ihren Beitrag im Bayern-Kurier vom 5. Mai.

Es ist nicht so, daß ich erst im nachhinein die mir in Moskau zugeschriebenen Äußerungen nicht mehr wahrhaben will. Tatsache ist vielmehr, daß ich solche Äußerungen weder in Moskau noch anderswo jemals gemacht habe. Dafür gibt es Zeugen.

Ich kann das angebliche Protokoll nur für eine Fälschung halten und würde mich wundern, wenn Herr Krenz dies nicht bestätigte.

Sie werden gewiß nicht weiterhin auf der Basis einer Fälschung gegen mich polemisieren wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

gez. Willy Brandt.“

(-/10.5.1990/rs/ks)

* * *